

Mittelstandsberater wachsen deutlich

Nach einer Delle steigen die Umsätze der Kanzleien wieder. Große Gewinner sind die MDP-Einheiten.

Von Marcus Jung, Frankfurt

Steigende Energie- und Rohstoffkosten, Restrukturierungen infolge der Pandemie und die Vorbereitung auf schärfere Compliance-Vorschriften wie das Lieferkettengesetz haben den deutschen Mittelstand im Jahr 2022 auf Trab gehalten. Von diesem ständigen Krisenmodus und immensen Beratungsbedarf konnten Anwaltskanzleien profitieren, die über langjährige Beziehungen zum gehobenen Mittelstand und familiengeführten Unternehmen verfügen. 2,8 Milliarden Euro setzte der Kreis der 50 umsatzstärksten Mittelstandsberater 2022 um, eine stattliche Steigerung um 9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – als jedoch noch Corona, Staatshilfen und Kurzarbeit die bestimmenden Themen für die Betriebe waren.

Wie groß die Unterschiede innerhalb des Marktsegments sind, zeigt die jährliche Recherche des Branchendienstes Juve aus Köln. Die Rangliste reicht von der breit aufgestellten Großkanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek, nach Umsatz (192,4 Millionen Euro) und Berufsträgern an der Spitze der Rangliste, bis zu den Bau- und Immobilienexperten von HFK Heiermann Franke Knipp und Partner (16,7 Millionen Euro) und der im Ruhrgebiet angesessenen Sozietät Schmidt von der Osten & Huber. Dabei stehen die Top-10-Mittelstandsberater nicht nur für 1,3 Milliarden Euro Umsatz. In diesen wenigen Kanzleien arbeiten mit mehr als 2650 Berufsträgern auch rund 41 Prozent aller Anwälte dieses Marktsegments. Neben Heuking finden sich dort mit Luther, Görg und Advant Beiten (bis Herbst 2021 als Beiten Burkhardt firmierend) drei weitere deutsche Großkanzleien. Über die vergangenen Jahre haben sich mit KPMG Law und EY Law

auch zwei Rechtsberatungsarme der Big-Four-Beratungsgesellschaften in dem elitären Kreis festgesetzt. Damit nicht genug: Die übrigen Plätze teilen Einheiten aus den „Next Seven“, also international aufgestellten, multidisziplinären Einheiten (MDP) unter sich auf. Rein gemessen am Umsatzwachstum haben diese Kanzleien das Geschäftsjahr 2022 dominiert.

Aus den Zahlen lassen sich mehrere Trends ableiten. Die Basis für die Umsatzzsprünge früherer Jahre, insbesondere „Sondereffekte“ wie die Abwehr von Dieseldieseln oder andere Massenverfahren, wurde maßgeblich durch den Ausbau mit jüngeren Anwälten oder Projektjuristen gelegt. Große Einheiten wie Heuking oder Luther haben den Umbau und Reduktion des Personals rechtzeitig eingeleitet, sie haben außerdem die fachliche Breite, um die geringere Nachfrage im Massengeschäft durch laufende Beratung und Projektarbeit auszugleichen. Den kleineren Mittelstandsberatern in der Rang-

liste fällt dieser Vorgang offenbar weniger leicht. In einem hart umkämpften Markt um Nachwuchsanwälte stehen sie außerdem vor dem Problem, dass sie Weggänge selten kompensieren können. Die Folgen: Nicht nur der Umsatz stagniert. Auch die Produktivität – gemessen am je Berufsträger erwirtschafteten Umsatz – kann dann nicht mehr steigen.

An diesem Punkt kommen die multidisziplinären Einheiten ins Spiel. So haben Rödl & Partner und Ebner Stolz Mönning Bachem die Corona-Jahre genutzt, um fleißig Personal einzustellen. Im Fall der Stuttgarter Kanzlei Ebner Stolz arbeiten fast ein Drittel mehr Anwälte als im Vorjahresvergleich, ein Wert, der innerhalb der 50 von Juve untersuchten Kanzleien nur von der deutlich kleineren Einheit Sonntag & Partner aus Augsburg übertroffen wird. Wer so viel Personal braucht, bei dem stimmt auch die Auftragslage. Familienunternehmer und Mittelständler schätzen jedoch nicht nur die lokale Nähe und Verfügbarkeit der

Die Top-10-Beratungskanzleien für den Mittelstand

Rang	Name	Umsatz 2022 in Millionen Euro	Veränderung zum Vorjahr in %	Berufsträger	Veränderung zum Vorjahr in %	Geschäftsjahresende
1.	Heuking Kühn Lüer Wojtek	192,4	3,8	382,6	-0,5	31.12.
2.	Luther	187,1	6,3	361,0	-1,4	30.06.
3.	Rödl & Partner	168,0	14,7	357,0	1,4	31.12.
4.	Görg	160,5	3,5	295,3	4,7	31.12.
5.	KPMG Law	132,8	4,2	303,0	6,2	30.09.
6.	Ebner Stolz Mönning Bachem	118,4	19,7	326,4	33,2	31.12.
7.	EY Law	111,0	8,1	267,6	1,1	30.06.
8.	Baker Tilly	101,1	10,1	230,0	2,2	31.12.
9.	Mazars	92,6	11,3	241,1	2,5	31.08.
10.	Advant Beiten	89,9	-5,4	213,0	-3,2	31.12.

Quelle: JUVE Verlag / Foto Saskia Stöhr/F.A.Z.-Grafik Niebel



Systemanbieter Ritall in Haiger

MDP-Einheiten, für sie ist gerade die enge Verzahnung von Anwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern entscheidend. Auch wenn der Anteil der genuinen Rechtsberatung am Gesamtumsatz stetig wächst – bei Rödl sind es rund 25 Prozent, Ebner Stolz weist für diesen Bereich selbst 14 Prozent aus –, bleibt das Erfolgsrezept der Gedanke „One shop, one stop“.

Den Rechtsberatungsarmen von KPMG und EY muss man diese Strategie längst nicht mehr erklären. Beide profitieren von den internen Verweismandaten („referrals“) ihrer Muttergesellschaften, und sie verfügen über IT- und Fachressourcen, um die sie viele andere Mit-

telstandsberater beneiden. Diesen Wissensvorsprung nutzen diese Big-Four-Kanzleien strategisch für sich. Geht es um die bei Unternehmen besonders nachgefragten Themen wie Digitalisierung, Compliance und ESG, erhalten KPMG Law und EY Law häufig den Vorzug vor Wettbewerbern. Dadurch erhöhen sie auch ihr Profil im Bewerbermarkt, auch berufserfahrene Anwälte haben sich den Einheiten vermehrt angeschlossen. Das Geschäft der Mittelstandsberater ist in Bewegung geraten – und sowohl KPMG Law als auch EY Law werden künftig noch mehr Marktanteile der „klassischen“ Kanzleien für sich beanspruchen. (Kommentar Seite 26.)

Nächste Phase für Cookies in Chrome

Google treibt sein Vorhaben voran, Drittanbieter-Cookies in seinem Browser Chrome durch interessensbasierte Nachverfolgung zu ersetzen, die sogenannte „Privacy Sandbox“. Am Donnerstag kündigte der amerikanische Digitalkonzern, dass mit der im Juli kommenden Version von Chrome die Programmierschnittstellen „Relevance“ und „Measurement“ der Privacy Sandbox allgemein verfügbar gemacht werden. Im Februar dieses Jahres hatte Google schon einen Betatest der Technologie mit ausgewählten Benutzern begonnen.

Die breite Veröffentlichung soll es Entwicklern ermöglichen, eigene Versuche mit Nachverfolgung in der neuen Umgebung durchzuführen. Hierzu könne man seine Produkte mithilfe der Schnittstellen an realem Datenverkehr erproben und auf das Ende der Cookies vorbereiten.

Wettbewerbsbehörden und die Werbebranche beobachten den Vorgang genau, da die Gefahr droht, dass Google mit der Veränderung der zielgerichteten Nachverfolgung von Nutzern einen großen Teil der Einnahmen seiner Konkurrenten im Werbemarkt torpedieren könnte. Google verdient den Großteil seines Geldes mit Werbung über seine Suchmaschine. Im ersten Quartal 2023 brachte das Geschäft dem Unternehmen 54,5 Milliarden Dollar ein.

Der Browser Chrome hat einen globalen Marktanteil von rund 63 Prozent mit rund 3,2 Milliarden Nutzern. Könnten Werbetreibende darin Nutzer nicht mehr mit den Drittanbieter-Cookies verfolgen und ihnen Werbung ausspielen, würde die Google-Suche als Werbeplatz wesentlich attraktiver – Google kann mit einem großen Datensatz aus erster Hand aufwarten. Für 1 Prozent aller Chrome-Nutzer, also mutmaßlich 32 Millionen, sollen im ersten Quartal 2024 dann die Drittanbieter-Cookies abgeschaltet werden, wie Google weiter mitteilte.

Die Commerzbank auf dem Zinsgipfel

Erstquartalsergebnis nahezu verdoppelt – M-Bank sorgt für Unsicherheit

arp. FRANKFURT. Die Commerzbank hat im Auftaktquartal deutlich von der Zinswende profitiert. Der Zinsüberschuss stieg im Vorjahresvergleich um 39 Prozent auf knapp 2 Milliarden Euro. Im Gesamtjahr sollen es dann 7 Milliarden Euro werden – eine halbe Milliarde Euro mehr als ursprünglich prognostiziert. Doch den Gipfel sieht Finanzchefin Bettina Orlopp erreicht. Ihr Haus rechnet in diesem Jahr nur noch mit einem Zinsschritt der Europäischen Zentralbank. Und auch eine leichte Rezession fließt in die Erwartungen von Deutschlands zweitgrößter Geschäftsbank schon mit ein.

Mit dem gegenwärtigen Zinsniveau sieht sich Orlopp dann auch gut aufgestellt, trotz eines sich intensivierenden Wettbewerbs um Einlagen. Die 2,5 Prozent bei der Commerzbank und 3,05 Prozent bei der Direktbank-Tochtergesellschaft Comdirect „sind so schlecht nicht“, befindet die Finanzchefin. Ob die Commerzbank für ihre Kunden im Jahresverlauf noch an der Zinsschraube drehe, hänge auch von der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Verhalten der Wettbewerber ab, meinte Orlopp bei der Vorstellung des Erstquartalsberichts.

Keine Frage, die Commerzbank verdient gut am gegenwärtigen Zinsniveau. Das Einlagen-Beta, das heißt der Anteil der Zinsen, die das Institut von der EZB bekommt und an die spendenden Kunden weitergibt, lag im ersten Quartal bei 15 Prozent, soll in den Folgequartalen aber auf 35 Prozent ansteigen und im Jahres-

durchschnitt ein Niveau von 30 Prozent erreichen, führte Orlopp aus. Eine Abweichung von einem Prozentpunkt bedeutet für die Commerzbank rund 55 Millionen Euro mehr oder eben weniger Zinsüberschuss. Für die Sparer bedeutet das, dass sie bei der Commerzbank etwas mehr als 1 Prozent erhalten – theoretisch, da Einlagen auf Girokonten üblicherweise nicht verzinst werden, Tages- und Festgeldanlagen dafür umso höher. Die polnische Tochtergesellschaft M-Bank klammert Orlopp in ihren Berechnungen aus.

Denn die M-Bank, von der sich die Commerzbank 2019 trennen wollte und 2020 den Verkauf mangels Interesse wieder abgeblasen hat, ist für das Frankfurter Haus Segen und Fluch zugleich. Auf bislang 1,75 Milliarden Euro bezifferte Orlopp die Kosten in der Causa Schweizer-Franken-Kredite. Wie andere in Polen aktive Banken auch vergab die M-Bank Immobilienkredite in der Schweizer Währung zu niedrigen Zinsen. Die Rechnung ging aber nur so lange auf, bis der Zloty zum Franken drastisch abwertete und ein Fall für die Gerichte wurde. Jetzt muss sich die M-Bank mit ihren Kunden einigen, und das kostet. Die Vorsorge für weitere Rechtsstreitigkeiten musste im Auftaktquartal um weitere 173 Millionen Euro erhöht werden. Wäre es im Nachhinein betrachtet nicht doch klüger gewesen, die M-Bank zu verkaufen? „Nein“, sagt Orlopp, denn die Aufseher hätten schon klargemacht, dass die Risiken für die Schweizer-Franken-Kredite bei der Commerzbank gelegen

hätten. „Die M-Bank ist eine tolle Bank“, urteilt Orlopp, „die es schafft, die Suppe, die sie sich eingebrockt hat, auch selbst auszulöffeln.“

Immerhin: Für potentielle Kreditausfälle musste die Commerzbank lediglich 68 Millionen Euro zurückstellen, deutlich weniger als die 464 Millionen Euro im Vorjahr. Ein Umstand, der es der Commerzbank erlaubte, das Konzernergebnis auf 580 Millionen Euro nahezu zu verdoppeln. Und auch die generelle Vorsorge für potentielle Ausfälle bleibt unverändert bei 483 Millionen Euro. Das für das Gesamtjahr prognostizierte Risikoergebnis von 900 Millionen Euro wird wohl deutlich unterschritten.

Und trotzdem hält Commerzbank-Chef Manfred Knof das laufende Jahr nicht für einen „Selbstläufer“. Zu Euphorie gebe es keinen Anlass, es gelte Kurs zu halten und auf finanzielle Abenteuer zu verzichten. Das sind ungewöhnlich gedämpfte Töne für ihn. Auf Nachfrage fügt er gleichwohl hinzu: „Wir sind total optimistisch, dass wir unsere Ziele erreichen, selbst wenn sich das makroökonomische Umfeld noch ein bisschen eintrübt. Wir sind sehr, sehr zufrieden.“

Das gilt nicht für die Aktionäre: Der Aktienkurs der Commerzbank verlor am Mittwoch zeitweise sieben Prozent, erholte sich aber wieder. Orlopp nannte die Aktie „absolut unterbewertet“. Wann sich das ändern wird, liegt nicht in ihrer Hand. Denn positive Zahlen reichen den Anlegern offenbar nicht immer aus. (Kommentar Seite 26.)

Das Hinweisgeber-schutzgesetz kommt!

Wir unterstützen Sie bei der Umsetzung!

Verpflichtend ab Mitte Juni 2023

- für alle Organisationen und Unternehmen ab 250 Beschäftigten sowie
- alle Kommunen*.

Ab 17. Dezember 2023 verpflichtend

- für alle Organisationen und Unternehmen ab 50 Beschäftigten.

Ersparen Sie sich den bürokratischen Aufwand – mit der Cloud-Lösung **whistle.law** erfüllen Sie die Anforderungen des Gesetzes binnen weniger Klicks vollständig! Jetzt kostenlos testen oder einen Demo-Termin vereinbaren auf www.whistle.law



Kurze Meldungen

Bedenken gegen Übernahme

Die geplante Übernahme der koreanischen Fluggesellschaft Asiana Airlines durch den nationalen Wettbewerber Korean Airlines steht infrage. Die EU-Kommission hat Korea am Mittwoch ihre kartellrechtlichen Bedenken mitgeteilt und eine vertiefte Prüfung des rund 1,4 Milliarden Euro schweren Vorhabens angekündigt. Der Wettbewerb drohe auf den Routen zwischen Korea und Europa gefährdet zu werden, auf denen derzeit beide Gesellschaften fliegen, im Passagierverkehr namentlich nach Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien. Bis zum 3. August will die EU entscheiden. wmu.

Royal Mail mit Verlust

Die britische Royal Mail hat im Geschäftsjahr 2022 nach wochenlangen Streiks der Postboten mehr als 1 Milliarde Pfund (1,15 Milliarden Euro) Umsatzeinbußen und 420 Millionen Pfund Verlust hinnehmen müssen. Der Gesamtumsatz des Mutterkonzerns International Distribution Services (IDS) sank um 5 Prozent auf 12 Milliarden Pfund. Der Konzern verbuchte 71 Millionen Pfund operativen Verlust. Der Aktienkurs fiel am Donnerstag um fast 3 Prozent. IDS hat gut eine halbe Milliarde Pfund Abschreibungen auf die Royal Mail verbucht, da es weiterhin Risiken und mögliche Streiks gibt. ppl.

Kein Tiktok für Montana

Montana verbietet als erster US-Bundesstaat die in China entwickelte Social-Media-App Tiktok. „Um die persönlichen und privaten Daten der Menschen in Montana vor der Kommunistischen Partei Chinas zu schützen, habe ich Tiktok in Montana verboten“, twitterte der republikanische Gouverneur Greg Gianforte am Mittwoch. Die neue Regelung würde es App-Stores ab Januar untersagen, die Anwendung anzubieten, und Tiktok dürfte in Montana nicht mehr als Unternehmen tätig sein. Für jeden Tag, den die App trotzdem erhältlich ist, müssten App-Anbieter 10.000 Dollar Strafe zahlen. Nutzern droht keine Strafe. dpa

Eingerichtet in nur wenigen Minuten

Ombudsteam optional hinzubuchbar

Persönliche Beratung & Betreuung



* Beachten Sie die jeweils geltenden Landesgesetze

whistle.law